

Ausnahmezustand in Georgien verlängert

Tiflis (AP) Mit grosser Mehrheit hat das Parlament von Georgien am Dienstag den über das Land verhängten Ausnahmezustand verlängert. Mit 114 gegen 24 Stimmen entschieden die Abgeordneten, dass die Sondervollmachten der Regierung von Staatspräsident Eduard Schewardnadse noch bis zum 20. Februar gelten sollen. Ursprünglich hätten sie am Donnerstag geendet.

Schewardnadse hatte das Parlament zuvor beschworen, den Ausnahmezustand um einen Monat zu verlängern, da es sonst «kein Ende der Staatskrise und keine Ordnung» geben werde. Der Ausnahmezustand war im September verhängt worden, um dem Präsidenten und seinem Militärat unumfassende Machtbefugnisse zur Niederschlagung der Rebellion im Westen Georgiens einzuräumen. Alle öffentlichen Versammlungen sind darunter verboten, ferner gibt es Ausgehverbote und eine strikte Pressezensur.

Deutsches Flugzeug vor Sarajevo getroffen

Luftwaffe unterbricht Hilfsflüge - Kaum Friedenswillen bei Genfer Bosnienkonferenz erkennbar

Bonn/Genf (AP) Mit zwei Treffern haben unbekannte MG-Schützen am Dienstag eine Bundeswehrmaschine beim Landeanflug auf Sarajevo zur Umkehr gezwungen. Nach dem zweiten Zwischenfall dieser Art innerhalb eines Jahres unterbrach die Bundeswehr nach Angaben eines Sprechers in Bonn ihre Teilnahme an den Versorgungsflügen. Der Auftakt der neuen Runde der Genfer Bosnienkonferenz war von schweren Kämpfen überschattet. Die Kriegsparteien liessen vorerst wenig Friedenswillen erkennen.

Die fünfköpfige Besatzung der mit Hilfsgütern beladenen Transall blieb bei dem Beschuss gegen 11.45 Uhr unverletzt. Zu dem Zeitpunkt war die Maschine drei Kilometer von Sarajevo entfernt. Der Pilot startete durch und kehrte zum Militärflughafen Falconara bei Ancona in Italien zurück. Dort stieg nach Genfer UNO-Angaben ein anderes Flugzeug auf, um die mindestens zwei Treffer von aussen zu begutachten. Die Einschüsse lagen den Angaben zufolge in der rechten Tragfläche und in einer bei der Pilotenkanzel befindlichen Radarkuppel.

Die Inspektionsmaschine stellte ausströmenden Treibstoff fest, gab die getroffene Maschine aber zur Landung frei. Vor einem Jahr war der Propeller einer Bundeswehr-Transall getroffen worden, dessen Splitter in die Maschine eindringen und den Lademeister verletzten.

Die Luftwaffe will eigenen Angaben zufolge die Einschüsse von Spezialisten untersuchen lassen, um genauer festzustellen, mit welcher Art von Waffen die zu dem bei Landsberg beheimateten Lufttransportgeschwader 69 gehörende Maschine beschossen wurde. Die Luftbrücke nach Sarajevo wurde nach dem Vorfall nicht unterbrochen. Erst vor zwei Wochen war sie wegen Artillerieeinschlägen auf der Landebahn für fünf Tage geschlossen worden.

Zu Beginn der Genfer Bosnienkonferenz der Moslems, Serben und Kroaten und der Führungsmächte Kroatien und Serbien kritisierte der Vermittler der Europäischen Union, David Owen, die vor einer Woche erneuerte Drohung der NATO mit Luftangriffen gegen serbische Stellungen. Owen sagte, dies habe auf die Verhandlungen keine Auswir-

kungen. Er fügte hinzu: «Wir hören uns das jetzt seit 18 Monaten an. Ich glaube nicht, dass davon grosse Wirkung ausgeht.»

Ghali will Cot loswerden

Ohne Hoffnung auf eine rasche Friedensregelung für Bosnien verschob UNO-Generalsekretär Butros Ghali bereits am Montag eine Entscheidung über Luftangriffe auf serbische Stellungen. Wie aus UNO-Kreisen verlautete, hatte vor allem Ghali's Jugoslawien-Berater Yasushi Akashi Bedenken gegen die von der NATO vorgelegten Pläne. Ghali setzte sich in Paris auch für die Ablösung des Kommandeurs der UNO-Truppen im ehemaligen Jugoslawien, General Jean Cot, ein. Ghali trug seinen Wunsch an das französische Verteidigungsministerium heran, nachdem zwischen ihm und Cot ein Kompetenzstreit ausgebrochen war, wer den Befehl für einen eventuellen Einsatz von NATO-Flugzeugen gegen serbische Stellungen geben könne. Ghali hatte sich dies ausdrücklich vorbehalten und war deswegen von Cot öffentlich kritisiert worden.

WIRTSCHAFT

Hotelplan: Abflauen des Preiskampfs erwartet



Der Hotelplan-Gesamtgewinn 1993 liegt nicht über dem Ergebnis von 1992: Hotelplan-Leiter Walter Güntensperger gestern in Zürich. (Bild: Keystone)

Zürich (AP) Die Migros-Reiseunternehmung Hotelplan erwartet das Abflauen des Preiskampfs im Reisegeschäft. Hotelplan-Direktor Walter Güntensperger sagte am Dienstag an einer Pressekonferenz, die Preise dürften jedoch wegen Überkapazitäten und dank dem starken Franken weiter sinken. Zufrieden zeigte er sich mit dem Schweizer Geschäft von 1992/1993.

Hotelplan erhöhte den Umsatz im Schweizer Geschäft in dem am vergangenen 31. Oktober abgeschlossenen Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Prozent auf 465,3 Millionen Franken. Davon entfielen auf das eigene Veranstaltergeschäft 345,4 Millionen Franken, was einer Zunahme von 16 Prozent entspricht. Im Bereich Europa-Mittelmeer wurden 143 Millionen Franken (plus 13 Prozent) umgesetzt, wobei das westliche Mittelmeer überdurchschnittliche Wachstumsraten aufwies.

Teuerung bis Mitte Jahr unter zwei Prozent

Genf (AP) Die Teuerung wird nach den Worten von Nationalbankpräsident Markus Lusser bis zum Sommer dieses Jahres klar unter die Zwei-Prozent-Marke fallen. Dennoch will die Nationalbank die Geldschleusen nicht öffnen. Bei den Zinsen bestehe nur noch wenig Spielraum für weitere Senkungen, sagte Lusser am Dienstag in Genf.

Grenzgängerbesteuerung mit Österreich neu geregelt

Bern (AP) Die Schweiz und Österreich haben am Dienstag die Besteuerung von Grenzgängern neu geregelt. Wie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) mitteilte, wurde in Bern ein Protokoll zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens von 1974 unterzeichnet.

Das Protokoll sehe die Heraufsetzung der Steuer, die der Staat des Arbeitsortes auf den Erwerbseinkünften von Grenzgängern einbehalten könne, von einem auf drei Prozent vor. Einkünfte von österreichischen Arbeitnehmern, die in der Schweiz eine unselbständige Arbeit für einen öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber ausüben, können neu nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Österreich besteuert werden. Die Doppelbesteuerung werde vermieden, indem Österreich die in der Schweiz erhobene Steuer anrechne. Vor dem Inkrafttreten müssen die Parlamente der beiden Länder dem Protokoll zustimmen.

Ascom: Acht Prozent weniger Umsatz 1993

Bern (AP) Der Umsatz des Ascom-Konzerns ist im vergangenen Jahr um acht Prozent auf 3,1 Milliarden Franken gesunken. Wie ein Firmensprecher am Dienstag zu einem Bericht der Zeitung «Bund» bestätigte, blieb der Auftragsseingang mit 3,2 Milliarden Franken unverändert. Der nicht näher bezifferte Verlust des letzten Jahres ist laut Konzernchef Fred Sutter verkraftbar.

Schwierige Regierungsbildung

Unklarheit über Rücktritt von Finanzminister Fjodorow

Moskau (AP) Die Regierungsbildung in Russland stösst nach dem Rücktritt des «Chefreformers» Jegor Gaidar offenbar auf grössere Schwierigkeiten.

Ein ursprünglich auf zwei Stunden anberaumtes Gespräch zwischen Präsident Boris Jelzin und Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin wurde nach sechsstündiger Dauer am Dienstag abend ohne konkretes Ergebnis beendet. Unklar blieb die Haltung des Gaidar-Verbündeten und Finanzministers Boris Fjodorow, der Jelzin nach einem Bericht der Nachrichtenagentur ITAR-Tass am Dienstag seinen Rücktritt angeboten haben soll.

Der Leiter des Pressebüros der Regierung, Valentin Sergejew, sagte dazu, Fjodorow habe nicht formell um seine Demission ersucht. Er habe lediglich ein Angebot Tschernomyrdins abgelehnt, sein Ministeramt zu behalten, ohne jedoch stellvertretender Ministerpräsident zu bleiben. Fjodorows Sprecherin Olga Leonowa erklärte ebenfalls, der Minister sei nicht formell zurückgetreten, doch sei es zweifelhaft, ob er einem neuen Kabinett angehören werde.

Aus gut unterrichteten Kreisen in Moskau hatte es zuvor geheissen, für Fjodorows Rücktritt sei ausserdem ausschlaggebend, dass Tschernomyrdin sei-

ne Forderung abgelehnt habe, den als konservativ geltenden Zentralbankpräsidenten Viktor Geraschtschenko und den ebenfalls konservativen Vizepräsidenten für Agrarfragen, Alexander Sawerjucha, zu entlassen. Spekulationen über einen bevorstehenden Rücktritt Fjodorows hatte es seit Gaidars Demission am Sonntag gegeben.



Trat enttäuscht zurück: Russlands Finanzminister Boris Fjodorow. (Bild: Keystone)

Im Zeichen des Genfer Gipfels

Israel und PLO setzen ihre Gespräche fort

Taba/Jerusalem (AP) Im Zeichen des Genfer Gipfeltreffens der USA und Syriens sind am Dienstag die israelisch-palästinensischen Verhandlungen fortgesetzt worden. Der Unterhändler der PLO sagte, die bevorstehende Rückkehr Syriens an den Verhandlungstisch werde dem Friedensprozess neuen Schwung verleihen. In Jerusalem erklärte der israelische Ministerpräsident Jizchak Rabin, er habe vom Gipfel mehr erwartet.

Nach fast einwöchiger Pause trafen sich die Delegationen Israels und der Palästinensischen Befreiungsorganisation wieder im ägyptischen Badeort Taba am Roten Meer, um die Umsetzung des Abkommens über die Autonomie für den Gazastreifen und die Stadt Jericho zu erörtern. Der palästinensische Chefdelegierte Nabil Schaath betonte dabei, die Begegnung der Präsidenten Bill Clinton und Hafis el Assad am Sonntag in Genf sei für die Bemühungen um eine umfassende Friedensregelung im Nahen Osten hilfreich gewesen. Dass Syrien und Israel über die Rückgabe der Golanhöhen sprechen wollten, stelle auch einen Präzedenzfall für die im Jahre 1996 geplante israelisch-palästinensischen Verhandlungen dar. Dann geht es um den endgültigen Status von Gazastreifen und Westjordanland.

Schaath sagte, bei den bisherigen Verhandlungen mit Israel sei eine Einigung in 35 von insgesamt 38 Bereichen erzielt worden, in denen die Palästinenser die Selbstverwaltung im Gazastreifen und in Jericho übernehmen sollen. In dieser Woche werde vor allem über wirtschaftliche Fragen gesprochen. Der israelische Sprecher Ami Gluska erklärte, die von Schaath genannte Zahl sei zu hoch gegriffen: Mindestens 17 Bereiche seien abgehandelt. Strittig seien vor allem noch die Gebiete Wasserrechte und Verkehr sowie Schul- und Gesundheitswesen. Grösste Streitpunkte seien im übrigen weiter die Grenzkontrollen und der Umfang des Bezirks Jericho.

In Jerusalem äusserte sich Rabin erstmals öffentlich, seit er von amtlicher amerikanischer Seite über das Gespräch Clinton-Assad informiert wurde. Er sagte, er habe von dem Genfer Treffen «mehr erwartet». Er sei aber weiter zu Verhandlungen bereit. Auf Kritik stiess unterdessen sein Vorschlag, ein Abkommen mit Syrien über den israelischen Rückzug vom Golan solle dem Volk unterbreitet werden. Unter anderem wandten sich zwei Kabinettsmitglieder, Umweltminister Jossi Sarid und Gesundheitsminister Chaim Ramon, gegen diesen Gedanken.

Clinton sucht neuen Verteidigungsminister

Washington (AP) Der Kandidat für das Amt des amerikanischen Verteidigungsministers hat am Dienstag seinen Verzicht erklärt. Der 62jährige Robert Ray Inman begründete diesen Schritt mit einer Kampagne, die gegen ihn im Gange sei. Präsident Bill Clinton, der noch keinen neuen Bewerber hat, bedauerte die Entscheidung des im Ruhestand lebenden Admirals. Wie verlautete, scheute Inman das Verfahren der Bestätigung im Kongress.

Dabei wäre auch zur Sprache gekommen, dass er für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe keine Steuern gezahlt hat.



Rückzieher: Inman (links im Bild) anlässlich seiner Nominierung am 16. Dezember 1993 mit US-Präsident Clinton. (Bild: Keystone/AP)

Zeugung von Retortenbabies soll verboten werden

Schweizer Volksinitiative mit knapp 126 000 Unterschriften eingereicht

Bern (AP) Die Befruchtung im Reagenzglas soll auf Verfassungsebene verboten werden. Dies fordert eine Eidgenössische Volksinitiative, die mit 125 800 beglaubigten Unterschriften am Dienstag in Bern eingereicht wurde. Nur ein Verbot sei geeignet, alle Risiken und Missbrauchsmöglichkeiten menschenverachtender Fortpflanzungstechniken auszuschliessen, erklärten die Initianten.

Das Volksbegehren «zum Schutz des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie» wurde vom Komitee «für eine menschenwürdige Fortpflanzung» um den früheren Basler CVP-Grossrat Guido Appuis lanciert. Am meisten Unterschriften wurden im Kanton Zürich (20 387) gesammelt, gefolgt von St. Gallen (14 075), Bern (11 954), Tessin (9942) und Luzern (9654). Wenig Anklang fand die Initiative dagegen im Appenzell-Innerrhodan (343), Neuenburg (352) und Glarus (539). Die Initiative will auf Verfassungsebene die Zeugung ausserhalb des Körpers der Frau, die In-Vitro-Fertilisation (IVF), und die Verwendung von Keimzellen Dritter zur künstlichen Zeugung verbieten. Diese Forderungen waren von den Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt 1991 gutgeheissen, jedoch vor kurzem vom Bundesgericht in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt worden.

Der Verfassungsartikel, der im Mai 1992 von den Stimmberechtigten angenommen wurde, genüge nicht, sagte Ständerat Gian-Reto Plattner (SP/BS).



Der Basler Clown «Pello» und Mitglieder des FMF-Initiativkomitees am Dienstag in Bern vor der Überreichung der Initiative. (Bild: Keystone)

Die vor kurzem bekanntgewordene Klonierung von menschlichen Embryonen in den USA habe diese Befürchtungen verstärkt, da der Artikel das Klonieren in keinem seiner spezifischen Vorschriften verbiete. Somit wäre die Serienherstellung identischer Menschen rechtlich möglich. Auch lasse der Artikel grundsätzlich Retortenzeugung und Fremdbesamung zu und enthalte damit Normen, die der Menschenselektion Tür und Tor öffneten, sagte Marlies Näf-Hofmann, Vizepräsidentin des Komitees.

Mit der Zulassung der IVF nicht nur zur Behebung der Unfruchtbarkeit, sondern auch zur Verhinderung der Übertragung einer schweren Krankheit, werde nichts anderes als die Schaffung perfekter Menschen angestrebt. Die Präsidentin der CVP-Frauen der Schweiz, Brigitte Hauser-Süss, wies darauf hin, dass der Druck auf Frauen steige, um jeden Preis Mutter werden zu müssen. Damit vergrössere sich die Gefahr, dass zwischen wertem und unwertem Leben unterschieden werde.